

In den Wellenberg, weil Europa im Strom schwimmt? : Interview

Autor(en): **Wildi, Walter / Marti, Kurt**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(1997)**

Heft 2: **Atommüll : wie immer ohne Gewähr!**

PDF erstellt am: **08.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586319>

Nutzungsbedingungen

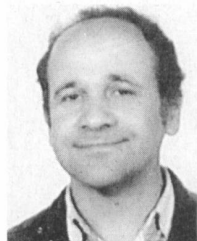
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

In den Wellenberg, weil Europa im Strom schwimmt?

Im folgenden Interview spricht sich Geologie-Professor Walter Wildi für einen Sondierstollen am Wellenberg aus, und dies u.a. aus wirtschaftlichen Gründen. Eigentlich erstaunlich für einen Wissenschaftler, der von berufswegen geologisch argumentieren müsste.



*Interview mit
Walter Wildi,
Professor für
Geologie an der
Universität Genf,
Mitglied der KSA*

Herr Wildi, Sie waren 1981 Mitautor des SES-Reports "Wege aus der Entsorgungsfalle". In welcher Form haben Sie sich in letzter Zeit mit dem Problem radioaktiver Abfälle auseinandergesetzt?

Ich wurde im Jahr 1992 eingeladen, der Kommission für Nukleare Entsorgung (KNE) beizutreten. In diesem Rahmen beschäftigte ich mich bis Ende 1996 mit den Arbeiten der Nagra. Abfallfragen haben für mich auch in der Kommission für die Sicherheit der Kernanlagen (KSA), in der ich seit Januar 1997 engagiert bin, einen grossen Stellenwert. Meine Äusserungen in diesem Interview haben allerdings rein persönlichen Charakter.

Welches waren anfangs der 80-er Jahre Ihre wichtigsten Forderungen an die Nagra?

Diese Zeit stand im Zeichen des "Gewähr"-Nachweises, den der Bund von den Abfallproduzenten bis 1985 verlangte. Bei der Nagra bemängelten wir das Fehlen eines klaren Grundkonzeptes und eines darauf ausgerichteten Forschungsprogrammes. Die Nagra verfügte auch über eine ungenügende Infrastruktur. Weitere Forderungen betrafen die Erstellung eines realistischen, d.h. nicht auf 1985 ausgerichteten Zeitplanes, die Verbesserung der Transparenz und der Zusammenarbeit mit der Öffentlichkeit.

Wie beurteilen Sie die heutige Arbeit der Nagra?

Die Nagra hat ihre Infrastruktur unterdessen sehr stark ausgebaut. Die Publikation der Forschungsergebnisse ist vorbildlich. Die Nagra hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu einer Organisation mit grossen Kompetenzen im breiten Fachbereich der nuklearen Entsorgung entwickelt. Im fachlichen Bereich ist heute auch die Transparenz gewährleistet. Hingegen scheinen mir bei der Festlegung eines klaren Konzeptes und eines darauf abgestimmten Forschungsprogrammes noch immer Hindernisse zu bestehen. Ein Beispiel hierfür ist die Zuneigung der Geschäftsführung zum Kristallinprogramm für hochradioaktive Abfälle, wogegen ausserhalb der Nagra heute allgemein dem

"Die Nagra arbeitet noch immer auf der Basis von 1985."

Opalinustonprogramm die absolute Priorität gegeben wird.

Wie beurteilen Sie die Forderung der SES nach der Kontrollierbarkeit und Rückholbarkeit der radioaktiven Abfälle? (siehe SES-Thesen Seite 15)

Es scheint mir, dass die Frage der Ueberwachung und Rückholbarkeit der Abfälle gerade im Falle des Projektes Wellenberg durch die Behörden und die Nagra aufgegriffen werden sollte. Ein gutes Konzept, unter Einbezug des Kantons und der Gemeinde, könnte hier zu einer Lösung des Konfliktes und zu einer Versicherung der betroffenen Bevölkerung führen.

Ich möchte allerdings ausdrücklich vor dem Hüttekonzep (oberirdische Lagerung) warnen, welches auf verzerrten Vorstellungen beruht und die Anstrengungen im Bereich der Entsorgung schwächt.

Seit "Gewähr 1985" sind jetzt 12 Jahre verflossen. In den Nagra-Programmen wird noch immer auf der Basis der Konzepte von 1985 gearbeitet. Demgegenüber hat sich die Situation in der Realität vielfach stark verändert, vor allem im Bereich der hochaktiven Abfälle. Eine Bilanz und

"Die Atomwirtschaft steht finanziell unter grossem Druck."

ein generelles Ueberdenken der Situation ist heute sicher notwendig. Dieser Prozess darf allerdings nicht als Vorwand für eine Verlangsamung der Forschungsarbeiten dienen!

1985 hat der Bundesrat den Einbezug eines Mittellandstandortes für die Lagerung der schwach und mittelaktiven Abfälle (SMA) in die Untersuchungen gefordert. Ist der Einbezug eines Mittellandstandortes heute wünschenswert?

Fachlich gesehen gibt es heute, d.h. vor der Oeffnung eines horizontalen Sondierstollens, wenig Gründe an der Eignung des Wellenberges für die Lagerung der SMA zu zweifeln. Eine erneute Ausdehnung des Untersuchungsfeldes ausserhalb der Alpen könnte folglich nur aus politischen und taktischen Gründen erfolgen.

Gilt diese Feststellung zur Eignung des Wellenbergs nicht auch für die drei anderen möglichen Standorte am Oberbauenstock, am Piz Pian Grand und in Bois de la Glaive?

Der Wellenberg bietet im Vergleich zu Bois de la Glaive und dem Piz Pian



Grand heute die beste Prognostizierbarkeit. Das Dossier Oberbauenstock ist mir im Moment weniger gut präsent.

Ist die Konzentration auf den Wellenberg also nicht rein geologisch wissenschaftlich begründet?

Ja, das kann man vielleicht so sagen. Aber das Problem ist eigentlich das: Wenn man bei gleichem finanziellem Aufwand wählen muss zwischen der Verteilung eines Kredites auf zwei Standorte oder der Konzentration auf einen Standort, ist es in Anbetracht der Qualität der Untersuchungen sicher vorzuziehen, dass man sich auf einen Standort konzentriert.

Also ein wirtschaftliches Argument?

Ja, das ist ein wirtschaftliches Argument. Vergessen wir nicht, dass die wirtschaftlichen Ressourcen beschränkt sind. Wir müssen die Kräfte konzentrieren. Die AKW-Betreiber stehen finanziell unter grossem

“Ja, das ist ein wirtschaftliches Argument.”

Druck, weil in Europa ein Überschuss an billigem Strom vorhanden ist. Man muss ernsthaft befürchten, dass in zehn Jahren sowohl die Elektrowirtschaft als auch die Politiker ihre Motivation in die Entsorgungsfrage vollends verlieren. Dies hätte einen

negativen Einfluss auf die Forschungsanstrengungen, mit Kürzungen und Personalabbau bei der Nagra und den Bundesfachstellen. Ich möchte ausdrücklich vor einer solchen Entwicklung warnen!

Vorher haben Sie eine Ausdehnung der Untersuchungen als politisch und taktisch bezeichnet. Jetzt argumentieren Sie selbst politisch-taktisch.

Der Wellenberg ist eine wissenschafts-strategische Wahl. Wir Geologen wollen heute das Maximum lernen über einen Standort. Es hat kei-

“Am Schluss hocken wir im Zwiilag auf dem Atommüll.”

nen Sinn, dass man sich jetzt verzettelt. Es geht jetzt wirklich darum zu untersuchen, wie die Kluftsysteme funktionieren. Wenn man mehr darüber wissen will, muss man nicht mehrere Stollen bauen, sondern in einem Felslabor unsere Erkenntnisse vertiefen.

Ist das nicht ein Präjudiz für den Wellenberg?

Ich betone immer wieder, dass dieser Horizontalstollen rein wissenschaftlichen Zwecken dient und kein Präjudiz ist für ein Endlagerprojekt. Das ist vielleicht ein wenig blauäugig. Aber es ist so.

Aus ökonomischen Gründen für den Wellenberg?

Bild: Christian Perret

Heute ist es zu einem Spiel geworden, bei dem sich die AKW-Betreiber, die Politiker, die Umweltorganisationen und die Gemeinden aus der Verantwortung ziehen, in dem sie auf Zeit

“In Sachen Abfallinventar wird es im Zwiilag brenzlig.”

spielen und sich arrangieren. Den AKW-Betreiber kann das nur Recht sein, weil sie nicht investieren müssen. Am Schluss hocken wir im Zwischenlager Würenlingen (Zwiilag) auf dem Atommüll. Aber eine viel provisorischere Lösung wie das Zwiilag gibt es nicht.

Wie meinen Sie das?

In Sachen Hochabbrand und Abfallinventar wird es brenzlig. Deshalb muss man eine dauerhaftere Lösung suchen und nicht auf alten Positionen verharren.

Ist das nicht die Kapitulation der Atomwirtschaft vor dem Entsorgungsproblem?

Wenn wir in der Entsorgungsfrage zu keinem Resultat kommen, so ist dies nicht nur eine Kapitulation der Atomwirtschaft, sondern unseres gesamten politischen und wirtschaftlichen Systems. □

Interview: Kurt Marti